

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/73

17. April 1972

Ein unermeßlicher Verlust

Zum Tode von Otto Brenner

Von Alfred Nau
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 / 36 Zeilen

Das Nein der Opposition

Verantwortungslose Haltung der Unionsparteien

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Seite 2 / 29 Zeilen

Zehn Thesen zur inneren Reform der Hochschulen

Hauptprobleme: Vermassung, Numerus clausus,
Radikalismus

Von Dr. Gerhard Noller MdL
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft in
Baden-Württemberg

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Deutsch-polnische Schulbuchkonferenz in
Braunschweig

Heiße Eisen wurden nicht ausgeklammert

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Ein unermeßlicher Verlust

Zum Tode von Otto Brenner

Von Alfred Nau

Mitglied des Präsidiums der SPD

Das gewerkschaftliche und politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland ist um eine große und bedeutende Persönlichkeit ärmer geworden. Der Tod Otto Brennners wird von Freunden und Gegnern als ein unermeßlicher, schmerzlicher Verlust empfunden. Sein Wirken als Gewerkschaftsführer und Politiker ist aus der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht wegzudenken; es hat unverwischbare Spuren hinterlassen.

Otto Brenner gehörte zu den Männern der ersten Stunde. Sein Name ist eng verbunden mit dem Wiederaufbau einer einheitlichen, geschlossenen und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung im freien Teil Deutschlands.

Aber Otto Brenner war mehr als ein überragender Gewerkschaftsführer. Er sah stets nicht nur die lohn- und tarifpolitische Aufgabe der Gewerkschaften, sondern immer auch ihren gesamtgesellschaftlichen Auftrag als Garanten und Stütze der deutschen Demokratie. Seine schöpferische Leistung für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates wird für immer mit der Geschichte der deutschen Demokratie verbunden bleiben.

Moralischer Anspruch und moralische Verpflichtung waren für Otto Brenner die entscheidenden Kriterien seines gewerkschaftlichen und politischen Wirkens. Er hat für die Ideale der Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit Zeit seines Lebens mit ganzem Einsatz gekämpft. Zugleich war er der entschiedenste Gegner aller totalitären und antidemokratischen Kräfte sowohl rechter als auch linker Observanz.

Otto Brenner war ein kämpferischer Mensch. Freunde und Gegner nannten ihn deshalb den "eisernen Otto". Doch wer ihn näher kannte, der war vor allem beeindruckt von seiner tiefen Menschlichkeit und Güte. Otto Brenner war ein bescheidener Charakter: Verantwortungsbewußtsein und Solidarität zeichneten ihn aus.

Die deutschen Gewerkschaften haben mit Otto Brenner einen ihrer Besten verloren. Mit ihnen trauert die deutsche Sozialdemokratie um einen treuen Freund und unermüdeten Mitstreiter für die gemeinsame Sache, für die Sache des inneren, gerechten, sozialen Ausgleichs und der Sicherung des äußeren Friedens.

(-/ex/17.4.1972/rs)

+ + +

Das Nein der Opposition

Verantwortungslose Haltung der Unionsparteien

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Die Opposition will bei ihrem Nein zu den Ostverträgen bleiben. Sie behauptet, so unzureichend informiert zu werden, daß schon aus diesem Grunde eine positive Bewertung nicht möglich sei. Das Gegenteil ist richtig.

Am 6. März 1972 begann der auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages mit der Vertragsberatung. Inzwischen wurden in sieben Sitzungstagen, die jeweils sieben Stunden dauerten, ausführliche Informationen durch die Bundesregierung gegeben. Trotzdem fühlt sich die Opposition unzulänglich unterrichtet. Seit dem 6. März 1972 liegt dem Ausschuß die verbindliche Erklärung des Bundesaußenministers vor, einem ausgewählten Kreis darüber hinausgehende Informationen im Auswärtigen Amt zu geben.

Den CDU-regierten Bundesländern wurde für die Beratung im Bundesrat vorher das gleiche Angebot unterbreitet. Während die Bundesratsvertreter von dem Angebot umfangreichen Gebrauch machten, haben die Mitglieder der Opposition im auswärtigen Ausschuß bis zum heutigen Tage keine einzige Frage gestellt. Die Opposition lehnt also die Informationen ab.

Nicht unzureichende Informationen, sondern das "Nein" um jeden Preis ist der wahre Grund. Herr Marx, prominentes Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion, stützt meine Behauptung. Er sagte: "Es gibt nichts, was unsere ablehnende Haltung gegenüber den Verträgen verändern könnte".

Ich bin in den Oder-Neiße-Gebieten geboren. Ich befürworte die Ratifizierung der Ostverträge. Ich respektiere die Entscheidung jener, die sich aus innerer Überzeugung anders entscheiden.

Das "Nein" um jeden Preis, wie es Herr Marx formuliert hat, ist verantwortungslos. Es gefährdet unsere Sicherheit, es verbaut den Weg in ein friedlicheres Europa. (-/ex/17.4.1972/ks)

Zehn Thesen zur inneren Reform der Hochschulen

Hauptprobleme: Vermassung, Numerus clausus, Radikalismus

Von Dr. Gerhard Noller MdL

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft in Baden-Württemberg

Ausgangspunkt jeder Hochschulpolitik ist die Tatsache, daß sich an den Hochschulen trotz vieler Reformpläne (Baden-Württemberg hat inzwischen drei Hochschulpläne) nichts Grundlegendes geändert hat. Die Hauptprobleme des Numerus clausus und des Radikalismus, der Vermassung und der Verschulung der Hochschulen sind nicht gelöst.

Die Neuorganisation der Hochschule, wesentlicher Bestandteil der neuen Hochschulgesetze, hat uns kaum weitergebracht. Mitwirkung und Mitbestimmung kommen über ein ständisches-DEMOKRATIEMODELL nicht hinaus, weil das Gefälle von Lehrenden zu Lernenden nicht umzukehren ist. Deshalb ist man auf allen Seiten unbefriedigt. Verdienst der Hochschulgesetze ist, daß sie die Gegensätze deutlich gemacht haben und gezeigt haben, wie reformbedürftig die Hochschulen bleiben. Erfolgreich sind sie nur dort, wo über die Gruppen hinaus Kooperation zustandekommt oder Mehrheiten sich quer durch die Gruppen bilden.

Die Gliederung in Hochschulregionen kann Ausgangspunkt für echte Reformen sein. Sie findet aber sofort ihre Grenze, wenn sie ohne rechtliche Grundlage bleibt, wenn man ihr Versuchsprogramme vorlagert und wenn ihre Modelle unverbindlich sind.

Kern und Schwerpunkt der Hochschulreform ist für die SPD die innere Reform. Nur sie kann die Probleme der Vermassung und Verschulung, des Numerus clausus und des Radikalismus lösen. Ohne die innere Reform bleiben die äußeren Strukturen spröde Formen ohne Inhalt, Fassade, hinter der sich nichts ändern kann. Der kostspielige Ausbau unserer Hochschulen in den vergangenen und in den kommenden Jahren muß endlich durch den qualitativen Umbau ergänzt werden. Sonst ist viel Geld vertan.

1/ Eine Neubesinnung auf den Wissenschaftsbegriff muß sowohl in der Bildungspolitik als auch in der Wissenschaft und durch beide gemeinsam stattfinden. Der Wissenschaftspluralismus muß erhalten bleiben, braucht aber eine Übereinkunft der Grundlagen und eine Reflexion über das Fach und seinen Zusammenhang in Wissenschaft und Gesellschaft.

2/ Erforderlich sind Studiengänge, die in der Begegnung mit überschaubaren Inhalten die Methoden wissenschaftlichen Erkennens,

Denkens und Forschens vermitteln und die Zugänge zu neuen Inhalten erschließen.

3/ Die Studiengänge sollen so geordnet werden, daß sie nach sechs bis acht Semestern einen ersten, berufsqualifizierenden Abschluß ermöglichen. Aufbau und Kontaktstudien führen zu weiteren Qualifikationen.

4/ Anstelle von Kontaktprüfungen müssen sukzessive und kumulative Leistungsnachweise mehr Sicherheit, Objektivität und Durchsichtigkeit gewähren. Der Prüfungsstoff muß überschaubar sein. Während des Studiums erreichte Leistungen müssen bei Schlußprüfungen mitzählen.

5/ Die Hochschuldidaktik muß die Inhalte durchforsten. Verschiedene Methoden des Lehrens vom Fernstudium über die Massenvorlesung bis zum Tutorium müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Methoden wissenschaftlichen Denkens und Forschens zu lehren ist wichtiger als bloß Wissen zu vermitteln. Die Begegnung mit der Forschung soll möglichst früh stattfinden.

6/ Die Reform der Lehrkörperstruktur muß die Zahl der in Kooperation selbst verantwortlichen Forscher und Lehrer beträchtlich erhöhen und falsche Abhängigkeiten beseitigen. Das bedeutet eine neue Orientierung und Motivierung des Mittelbaus. Wissenschaftliche Erfolge müssen als eigene anerkannt werden.

7/ Um die alten Universitätsstädte zu entlasten, müssen die Studiengänge so aufgebaut werden, daß Filialen im ganzen Land möglich sind, die Freizügigkeit der Studenten und die volle Ausnutzung der Kapazitäten muß durch Vermehrung der Stipendien gewährleistet sein.

8/ Um den Numerus clausus zu entschärfen, müssen die Studienplätze in Medizin erhöht werden. Dies macht auch der Ärztemangel erforderlich.

9/ Eine intensive Studienberatung vor dem Studium muß auf Gesellschafts- und Bedarfsprognosen ausgerichtet sein. Eine intensive Studienberatung während des Studiums soll dem Studenten helfen, sein Studium ohne Zeitverlust aufzunehmen und vernünftig einzustellen.

10/ Die innere Reform muß Aufgabe aller Beteiligten sein, des Gesetzgebers, des Kultusministeriums und der Hochschulen. Der Staat muß dort, wo er durch Staatsprüfungen Einfluß auf Studiengänge und Studieninhalte hat, bei der inneren Reform vorangehen. Um eine sinnvolle Zusammenarbeit mit den vielen autonomen Hochschulen zu ermöglichen und für alle bindende Beschlüsse zu erreichen, muß die Autonomie der Hochschulen in einer Landeshochschulkonferenz gestuft werden.
(-/ex/17.4.1972/ks)

+ + +

Deutsch-polnische Schulbuchkonferenz in Braunschweig

Heiße Eisen wurden nicht ausgeklammert

Es gehört zu den Widersprüchen unserer Zeit, daß einerseits das Bewußtsein und die Realität von einer Welt erfreulich wächst, sich aber andererseits der Nationalismus vielerorts aufs neue bedrohlich manifestiert. Längst ist erkannt worden, welche eine Rolle der Geschichtsunterricht bei der Entwicklung der Verständigungsbereitschaft zwischen Völkern und ethnischen Gruppen spielt, einer Aufgabe, der das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig unter der Leitung von Prof. Georg Eckert seit über zwei Jahrzehnten in mustergültiger und in der ganzen Welt anerkannter Weise dient.

Auf Initiative der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen tagte im Februar dieses Jahres in Warschau die erste deutsch-polnische Schulbuchkonferenz, die von Prof. Wladyslaw Markiewicz, dem stellvertretenden Präsidenten der polnischen, und Prof. Georg Eckert, dem Präsidenten der deutschen UNESCO-Kommission, geleitet wurde. Das Ergebnis dieser Tagung, an der polnische und deutsche Historiker, Geographen, Schulbuchexperten und -verleger teilnahmen, waren vierzehn Empfehlungen zur methodischen und sachlichen Behandlung der Beziehungen beider Länder im Geschichts- und Geographieunterricht. Der Erfolg dieser ersten Begegnung ermutigte zu ihrer baldigen Fortsetzung. Sie fand vom 12. bis 15. April in Braunschweig statt.

Diese zweite deutsch-polnische Schulbuchkonferenz stand thematisch vor noch schwierigeren und umstritteneren Fragen als die erste, sollte sie doch neben weiteren Thesen zur mittelalterlichen Geschichte und zum Geographieunterricht insbesondere die Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen von 1914 bis 1933 erarbeiten. In diese Zeit fielen politische Ereignisse und Entscheidungen, die das Verhältnis der beiden Völker zueinander so schwer belasten, daß es in der Weimarer Zeit auf einen Tiefpunkt herabsank.

Diese Entwicklung, eingebettet in eine internationale Mächte-

Konstellation, die insbesondere für Polen gewisse Zangsläufigkeiten seiner Außenpolitik mit sich brachte, wurde von den Historikern in Braunschweig in ihren Grundzügen mit großer Sachkenntnis dargestellt. Heiße Eisen wurden dabei nicht ausgeklammert oder verharmlost. So wurde beispielsweise nüchtern festgestellt, daß Polen meinte, ohne Danzig, den Polnischen Korridor und Teile Oberschlesiens seine staatliche Lebensfähigkeit nicht erhalten zu können, während die deutsche Seite den polnischen Staat als Exponenten und Nutznißer des Versailler Vertrags betrachtete, dessen Revision gerade hinsichtlich der territorialen Bestimmungen gegenüber Polen von allen Parteien angestrebt wurde. Es wurde erläutert, welche Bedeutung für Polen das Bündnis mit Frankreich hatte, das die von einer Einkreisungsfurcht beherrschten Deutschen als potentielle Bedrohung empfanden - eine Sicht, die insbesondere von den deutschen Militärs für ihre eigenen politischen Pläne ausgenutzt wurde.

Nicht in der Attitüde von Besserwissern und Zensoren, sondern mit dem Verantwortungsgefühl geistig redlicher Forscher und Lehrer wurden in Braunschweig nicht nur Sachverhalte dargestellt, sondern Irrtümer und Fehler, die die Politik in beiden Ländern verhängnisvoll bestimmten, erkannt. Das offene, sachliche und wissenschaftlich fruchtbare Klima dieser Tagung, die sich in ihren Empfehlungen zum Geist des deutsch-polnischen Vortrages von Dezember 1970 bekannte, begünstigte die Verständigung über komplizierte Probleme.

Die Einladung der polnischen UNESCO-Kommission, im Herbst dieses Jahres die Beratungen in Warschau fortzuführen, wurde mit Befriedigung aufgenommen. Diese dritte polnisch-deutsche Schulbuchkonferenz soll sich dann mit einer Detailanalyse von Geschichts- und Geographiebüchern beider Länder befassen, die Erweiterungen der Jahre nach 1945 in Angriff nehmen und allgemeine Fragen der Geschichtsschreibung, die für beide Länder von besonderer Bedeutung sind, behandeln.

Dr. Susanne Miller
(-/ex/17.4.1972/ks)